

GENERALDEBATTE ZUM LANDESHAUSHALT

GEMEINSAME VERANTWORTUNG FÜR GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT

In der Generaldebatte zum hessischen Landeshaushalt 2016 hat der SPD-Fraktionsvorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel die Bewältigung der aktuellen Flüchtlingssituation in den Mittelpunkt gestellt, die eine epochale Veränderung bedeute.

„Viele Menschen haben das Gefühl, dass die Welt aus den Fugen geraten ist.“

„Wir gedenken der Opfer der Terroranschläge in Paris, aber auch all derer, die dort von Anschlägen getroffen wurden, wo Terror zum Alltag gehört, etwa in Aleppo oder Jerusalem. Die Schutzsuchenden, die zu uns kommen, fliehen ganz überwiegend vor diesem Terror“, sagte Schäfer-Gümbel.

Wichtig sei, dass in solch schwierigen Zeiten die Politik ihren Beitrag leiste, dass unsere Gesellschaft beieinander bleibe und nicht gespalten werde.

Deshalb verzichte die SPD Hessen hier bewusst auf das klassische Rollenspiel zwischen Opposition und Regierung. „Wir haben der Landesregierung beim Thema Flüchtlingspolitik die Hand gereicht. Volker Bouffier und mich verbindet sicher keine Vertrauensbasis, aber in diesen Zeiten brauchen wir eine gemeinsame Verantwortungsbasis.“ Diesem Anspruch müssten auch alle Unionspolitiker von Julia Klöckner über Horst Seehofer bis Markus Söder und



FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL BIETET KOOPERATION AN UND ERWARTET VON DER CDU VERZICHT AUF POPULISMUS BEIM THEMA FLÜCHTLINGE.

Hans-Jürgen Irmer genügen, forderte Schäfer-Gümbel.

Er dankte den ehrenamtlichen und den hauptamtlichen Helferinnen und Helfern für ihren unermüdlichen Einsatz. Auch der Respekt gegenüber diesen stillen Heldinnen und Helden des Alltags verbiete kleinliche Parteitaktik.

„Kommunen und Helfer leisten unendlich viel.“

„Das heißt nicht, beide Augen zuzudrücken, wenn es bei der schwarz-grünen Landesregierung hakt und ruckelt. Gerade der Umgang mit den Kommunen lässt beim Thema Flüchtlingsunterbringung viel zu wünschen übrig. Das prangern wir auch an, weil gerade die Kommunen unendlich viel leisten, um das Land zusammenzuhalten. Es wird Zeit, dass auch

die Landesregierung dafür die gebotene Anerkennung zollt.“

Das von der Landesregierung vorgeschlagene Flüchtlingspaket in Höhe von 500 Millionen Euro sei ein notwendiger, aber nicht ausreichender Schritt. Zusätzlich fordere die SPD mehr Mittel für Bildung, für die Polizei, für ein echtes Sozialbudget und für die Kommunen. Schäfer-Gümbel unterstrich, dass auch angesichts des wichtigen Flüchtlingsthemas die anderen landespolitischen Themen diskutiert werden müssten. Er kritisierte in diesem Zusammenhang vor allem die Bildungspolitik von Schwarz-Grün, bei der Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit völlig aus dem Blick geraten seien. „Der schwarz-grüne Bildungsgipfel ist daran gescheitert, dass die CDU stur und unbelehrbar auf die Konzepte von gestern setzt.“

LESUNG DER EINZELPLÄNE DES LANDESHAUSHALTS 2016

SCHWARZ-GRÜN VERZICHTET AUF GESTALTUNG

Die Kritik am fehlenden Gestaltungswillen von Schwarz-Grün zog sich wie ein roter Faden durch die Debatte der Einzelpläne.

INNEN

Nancy Faeser forderte für die Polizei eine kontinuierliche Personalaufstockung, die Erhöhung der Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten, Mittel für eine bessere Schutzausrüstung und die Überstundenabgeltung. Für ein falsches Signal halte die SPD die schwarz-grüne Ablehnung von Haushaltsanträgen für die bessere präventive Bekämpfung von Rechtsextremismus.



BILDUNG

Im Bildungsbereich kritisierte **Christoph Degen**, dass die Landesregierung erneut die Chance vertan habe, in ein modernes Schulsystem und mehr Chancengleichheit zu investieren. Die zusätzlichen Mittel im Bildungsetat gingen teilweise in die richtige Richtung, aber insgesamt fehle politischer Steuerungswille.



JUSTIZ

Im Justizhaushalt für das Jahr 2016 hat **Heike Hofmann** den Stellenabbau und weitere Einsparungen kritisiert. Bei immer mehr Gerichten und Staatsanwaltschaften häuften sich Klagen wegen



Überlastung und fehlender Wertschätzung. Bei den Staatsanwaltschaften würden viele Verfahren eingestellt.

FINANZEN

Die mangelhafte Unterstützung der Kommunen bleibt zentraler Kritikpunkt, sagte **Norbert Schmitt**. „Der sogenannte Schutzschirm und das kommunale Investitionsprogramm sind nur Ausdruck des schlechten Gewissens. Damit gesteht die Landesregierung ein, dass der kommunale Finanzausgleich weder in der alten noch in der neuen Fassung eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen garantiert.“



WIRTSCHAFT

Der verkehrspolitische Sprecher **Uwe Frankenberger** hat kritisiert, dass nur 90 Millionen Euro zur Verfügung stünden, um die maroden hessischen Straßen zu sanieren. Die SPD-Landtagsfraktion sehe bei ihren Haushaltsvorschlägen 20 Millionen Euro mehr vor sowie mehr Stellen bei Hessen Mobil. Die Behörde könne keinen weiteren Stellenabbau verkraften.



SOZIALES

Gerhard Merz nannte den Haushalt des Sozialministers unkalkulierbar, weil keine verlässliche Prognosen über die Entwicklung



der Flüchtlingszahlen vorlägen. Nach wie vor fehle der Wille, den Kommunen die notwendigen Mittel für gewaltigen Integrationsleistungen zur Verfügung zu stellen. „Bei der Finanzierung frühkindlicher Bildung liegt Hessen weiter am Tabellenende.“

UMWELT

Statt über eine Industriewasserabgabe rund 50 Millionen Euro für den Landeshaushalt zu generieren, wie von der SPD beantragt, setze Ministerin Hinz auf eine Umweltlotterie, die für 2016 gerade mal 110.000 Euro in den Umweltetat spülen werde, kritisierte **Timon Gremmels**. Beim Förderprogramm zur Akzeptanz von Windkraftanlagen konnte aus dem aktuellen Haushalt noch kein eigener Euro abgerufen werden. Als unzureichend wertete er die Ansätze zur Förderung des Wohnungsbaus. „Wir brauchen mehr Sozialwohnungen und wir brauchen mehr Wohnungen gerade für mittlere und geringe Einkommensgruppen.“



WISSENSCHAFT

„Grundsätzlich ist es immer gut, wenn der Bereich Wissenschaft und Kunst mehr Geld zur Verfügung hat. Dies könnte etwa auch durch eine höhere Effizienz erzielt werden. Etwa bei der Filmförderung, wo die Verwaltungskosten 40 Prozent der Gelder verschlingen“, kritisierte **Gernot Grumbach**.



NSU-UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS

SPD VERLANGT UNGESCHWÄRZTE AKTEN

Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion Günter Rudolph hat in der Debatte zum NSU-Untersuchungsausschuss die Landesregierung und die Fraktionen von CDU und Grünen aufgefordert, sich endlich an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes zu halten und die Aufklärungsarbeit des Untersuchungsausschusses nicht weiter zu behindern.



„Wir haben zahlreiche Akten erhalten, die grundlos geschwärzt sind oder bei denen die Schwärzungen formelhaft und pauschal begründet sind. Nicht nur einzelne

Sätze, sondern komplette Seiten, komplette Sachverhalte und damit komplette Hintergründe. Das behindert es uns massiv in unserer Aufklärungsarbeit.“

Die Aufklärung des schrecklichen Mordes in Kassel sei nur dann möglich, wenn die Hessische Landesregierung nicht verzögere, verschleppe und den Untersuchungsausschuss behindere. Nur so könne das Vertrauen in den Rechtsstaat wieder hergestellt werden. „Unser Demokratieverständnis geht davon aus, dass das Parlament und seine Ausschüsse noch immer die Regierung kontrollieren und nicht die Landesregierung großzügig Sprechstunden gegenüber Abgeordneten abhält, um ihm ihre vor-



DER HALIT-PLATZ ERINNERT AN HALIT YOZGAT, DER 2006 IN KASSEL ERMORDET WURDE.

her festgelegte Meinung darzulegen“, sagte Rudolph.

Man habe bereits jetzt viele Monate an Zeit verloren, durch unnötige Zeugen, Tricks und Mätzchen der Koalition. „Wir fordern daher CDU und Grüne auf: Hören Sie endlich auf die Arbeit des Untersuchungsausschusses weiter zu untergraben.“

SCHWARZ-GRÜN BREMST GLEICHBERECHTIGUNG

Die schwarz-grüne Koalition hat den SPD-Entwurf für ein fortschrittliches Gleichberechtigungsgesetz endgültig abgelehnt. Die frauenpolitische Sprecherin der



HESSISCHE FRAUENBEAUFTRAGTE HABEN UNTERSCHRIFTEN FÜR EIN FORTSCHRITTLICHES GLEICHBERECHTIGUNGSGESETZ AN LISA GNADL (LINKS) UND DIE ANDEREN FRAKTIONEN ÜBERGEBEN. FOTO: HILTRUD WALL

SPD-Fraktion Lisa Gnadl hielt den Fraktionen von CDU und Grünen Mutlosigkeit vor. „Schwarz-Grün will nichts verändern. Der jetzt noch vorliegende Gesetzentwurf der Koalition bringt die Gleichberechtigung keinen Millimeter voran.“ So verzichte der schwarz-grüne Entwurf darauf, den Frau-

enbeauftragten wirksame Sanktionsmittel in die Hand zu geben und sie für ihre Aufgaben angemessen auszustatten. „Von der CDU haben wir nichts anderes er-

wartet, von den Grünen sind wir allerdings sehr enttäuscht“, sagte Gnadl.

Die SPD-Fraktion habe zum Entwurf der Koalition eine dritte Lesung beantragt und werde einen Änderungsantrag stellen, um die schlimmsten Mängel des Gesetzentwurfs zu beseitigen.



FOTO: MARTINA HÄUSL-DAVID

TSCHÜSS, THOMAS

Mit einer Rede zur Privatisierung des Uniklinikums Gießen und Marburg durch die CDU-geführte Landesregierung hat sich Dr. Thomas Spies als Abgeordneter verabschiedet. Am 1. Oktober tritt er sein Amt als neu gewählter Oberbürgermeister von Marburg an.

WILLKOMMEN, HANDAN

Für Thomas Spies rückt Handan Özgüven in den Landtag nach. Die Rechtsanwältin aus Stadtallendorf ist dort Stadtverordnete und Kreistagsmitglied.



INVESTITIONSTAU BLEIBT BESTEHEN

Der SPD-Abgeordnete Torsten Warnecke hat das Kommunale Investitionsprogramm (KIP) der Landesregierung als „Eingeständnis des landespolitischen Versagens“ kritisiert. „Das von der Landesregierung viel gepriesene Kommunale Investitionsprogramm



wird dem eklatanten Investitionsstau der hessischen Kommunen nicht abhelfen.“ Die eine Milliarde Euro, inklusive Bundesprogramm, solle offenbar großen Eindruck machen. Der Versuch der schwarz-grünen Landesregierung das Bundesprogramm, das mit einem 90-prozentigen Zuschuss aufwarte, zu toppen, sei jedoch gründlich misslungen. So sehe beispielsweise das Wohnungsbauprogramm des Landes keinen Zuschuss vor. Die 230 Millionen Euro müssten die Kommunen als Kreditgeber komplett selber tilgen. „Es ist wie ein Geschenkgutschein, der im Kleingedruckten den Hinweis aufweist: Sie haben 30 Jahre Zeit, um uns den Gewinn zurückzuzahlen“, so der SPD-Haushaltspolitiker.

Impressum

SPD-Fraktion im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden
Redaktion:
Gert-Uwe Mende
(verantwortlich)
Katja Apelt
Gerfried Zluga
Martina Häusel-David
Luca Schobes



GEFÄHRLICHE FLUCHT ÜBER DAS MITTELMEER - RETTUNGSAKTION DER IRISCHEN MARINE.

FOTO: IRISH DEFENSE FORCES, LICENSE: CC 2.0

HUMANITÄT ALS GEBOT DER STUNDE

Gegen weitere Aufweichungen und Abschwächungen des Schutzes von Flüchtlingen und ihrer Familien hat sich der sozial- und integrationspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion Gerhard Merz ausgesprochen. „Angesichts der humanitären Katastrophe in vielen Ländern des Nahen Ostens und Afrikas bleibt eine humane Flüchtlingspolitik das Gebot der Stunde. Dazu gehört, dass die vorhandenen Möglichkeiten des

Asylrechts und der Aufnahme aus humanitären Gründen nach der Genfer Flüchtlingskonvention genutzt und garantiert werden. Die Einführung eines neuen, schlechteren Aufenthaltstitels für Bürgerkriegsflüchtlinge und damit einhergehende Einschränkungen beim Familiennachzug bei gleichzeitiger, jederzeitiger Möglichkeit der Abschiebung lehnen wir strikt ab“, sagte Merz in der Landtagsdebatte zu einem Antrag der FDP.

MITTEL FÜR SOZIALWOHNUNGEN

Die Wiedereinführung der Fehlbelegungsabgabe sieht der SPD-Abgeordnete Michael Siebel als ein „Stück Verteilungsgerechtigkeit“. Insbesondere die Kommunen und der Hessische Mieterbund hätten immer wieder die Einführung gefordert. „Die Abgabe baut Fehlsubventionen ab und generiert Mittel für den Bau von Sozialwohnungen“. Siebel kritisierte allerdings, dass die Kommunen nicht selbst über die Einführung entscheiden könnten. Außerdem müssten die Einkommensgrenzen angehoben werden.



CHANCE FÜR BIBLIOTHEKEN VERTAN

Mit der Novelle des Hessischen Bibliotheksgesetzes ist aus Sicht der SPD-Landtagsabgeordnete Ulrike Alex die Chance vertan worden, die Förderung einer zeitgemäßen, flächendeckenden Ausgestaltung der hessischen Bibliotheken zu verbessern. „Fachliche Forderungen, die dringend einen Entwicklungsplan, Mindeststandards und eine verlässliche finanzielle Unterstützung des Landes fordern, bleiben unberücksichtigt. Die Kommunen können auch weiterhin kaum auf Unterstützung des Landes hoffen.“

